LIBANON

Falsche Freunde

Mit einem überraschenden Bekenntnis hat sich vorigen Donnerstag Hassan Nasrallah, Chef der Schiitenmiliz Hisbollah, zu Wort gemeldet: Das Uno-Sondertribunal für den Libanon werde Mitglieder seiner Organisation anklagen, am Mordanschlag auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri im Jahr 2005 beteiligt gewesen zu sein. Das habe ihm Saad al-Hariri, der Sohn des Ermordeten und heutige Premier, mitgeteilt. Allerdings werde sich die Anklage nicht gegen die Hisbollah selbst richten, sondern gegen „undisziplinierte Mitglieder, mit denen die Gruppe keine Beziehungen hat“. Damit bestätigt Nasrallah indirekt einen Bericht des SPIEGEL, der im Mai 2009 als eines der ersten westlichen Medien auf eine Beteiligung von Hisbollah-Kadern am Hariri-Mord hingewiesen hatte (SPIEGEL 22/2009). Sollten auch die Urteile des Sondergerichts tatsächlich „in Richtung des SPIEGEL-Reports“ gehen, kündigte der einflussreiche Drusenführer Walid Dschumblat an, rechne er mit „schlimmen Folgen“ für das fragile politische Gleichgewicht des Zedernstaats. Am 16. Juli hatte Nasrallah das Tribunal in Den Haag scharf angegriffen: Das Gericht stehe unter israelischem Einfluss, seine Ermittlungen beruhten auf manipulierten Zeugenaussagen. Mehrere in Beirut festgenommene Mitarbeiter der Telefongesellschaft Alpha hätten sich als israelische Spione erwiesen – und bestätigt, dass das libanesische Fernmeldenetz unter israelischer Kontrolle stehe. Nasrallahs Unterstellung: Die Aufzeichnungen inkriminierender Handy-Gespräche der Hisbollah-Aktivisten Abd al-Madschid Ghamlusch und Hadsch Salim seien deshalb nicht beweiskräftig. Diesen Vorwurf erhärtete am Mittwoch die Tageszeitung „al-Dijar“. Dem Blatt zufolge flohen in den letzten Tagen fünf weitere der Spionage verdächtige Alpha-Mitarbeiter aus dem Libanon, einer davon nach Israel, einer per Flugzeug nach Deutschland.

REX FEATURES / ACTION PRESS

Nasrallah

Soldaten auf dem französischen Militärstützpunkt in Abu Dhabi

FRANKREICH

Angst vor der Scharia

Geplant war die Basis als militärisches Vorzeigemodell, Symbol der Partnerschaft und strategischer Vorposten am Persischen Golf – jetzt bereitet der französische Stützpunkt in Abu Dhabi der Regierung in Paris politische Kopfschmerzen. Zu der Militärbasis nahe der Straße von Hormus gehören ein Marinehafen, ein Flugplatz und ein Trainingslager mitsamt den nötigen logistischen Einrichtungen; dort sollen 500 Soldaten, die „modernsten Kräfte in der Region“, stationiert werden. Der Stützpunkt war erst im Mai vorigen Jahres von Präsident Nicolas Sarkozy eingeweiht worden. Nun kollidiert er mit den Gesetzen des Gastlandes, die auf der Scharia beruhen – und auch für die Truppen der Trikolore und ihre Familien gelten sollen. Weil nach islamischem Recht nicht nur die Todesstrafe möglich ist, sondern eine Reihe von Strafen und Vorschriften nicht mit den französischen Verfassungs-

TÜRKEI

Gift gegen Kurden?

Die Armee setzt im Kampf gegen die kurdische Untergrundorganisation PKK womöglich auch chemische Waffen ein. Das legen die Fotos von acht getöteten PKK-Rebellen nahe, die zwischen dem 8. und 15. September 2009 während eines türkischen Militäreinsatzes im Grenzgebiet zum Irak ums Leben kamen. Die Bilder, die vor einigen Wochen deutschen Menschenrechtlern zugespielt und auf ihre Authentizität überprüft wurden, zeigen stark verbrannte und verätzte Körper. Einem Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums zufolge starben die acht Kurden wahr-

ANATOLIAN / REUTERS

Premier Erdogan an der irakischen Grenze

ABD RABBO AMMAR / SIPA

prinzipien vereinbar sind, hat der französische Staatsrat Bedenken angemeldet. Diese Institution ist oberstes Verwaltungsgericht Frankreichs und Beratungsorgan der Regierung mit großem Einfluss. Allein die negative Bewertung des Staatsrats könnte Frankreichs erste militärische Neugründung im Ausland seit 50 Jahren kippen. Um das Abkommen zu retten, beraten Diplomaten und Juristen, wie das Prestigeprojekt ohne Gesichtsverlust den Rechtsvorschriften beider Länder angepasst werden kann. Eine amerikanische Lösung kommt für Paris dabei nicht in Frage: US-Soldaten, Männer wie Frauen, dürfen ihre Militärbasen in den Golfstaaten nicht verlassen.

scheinlich durch den Einsatz chemischer Substanzen. Sollte die türkische Armee tatsächlich Giftstoffe verwenden, wäre das ein Verstoß gegen die Chemiewaffenkonvention, die auch von der Türkei ratifiziert wurde. „In diesem Fall handelt es sich um gravierende Kriegsverbrechen“, so der deutsche Türkei-Experte Martin Dolzer. Menschenrechtler verlangten bisher vergebens Aufklärung durch die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan; sie verweigert zu diesem Thema jeden Kommentar. „Erdogan interessiert sich nicht für Menschenrechtsverletzungen“, so Akin Birdal von der prokurdischen Oppositionspartei. „Für ihn zählt nur, dass die Armee das PKK-Problem aus der Welt schafft – mit welchen Methoden auch immer.“

POLITIKERGEHÄLTER

Verhaltenes Sparen

Die Weltfinanzkrise zwingt nun auch die ersten Staats- und Regierungschefs, bescheidener zu leben. Zum Amtsantritt kürzte der neue britische Premierminister David Cameron sein Gehalt um 5 Prozent; sein spanischer Amtskollege José Luis Zapatero verzichtet künftig auf 15 Prozent. Damit gehen ausgerechnet zwei Politiker mit gutem Beispiel voran, die in der Einkommensskala der Weltenlenker ohnehin nicht ganz oben stehen. Die Besserverdienenden halten dagegen an ihren Gehältern fest. Mit einem stabilen Jahresgehalt von 2,18 Millionen Dollar bleibt Lee Hsien Loong, Premierminister von Singapur, einsamer Spitzenreiter, gefolgt vom kenianischen Staatspräsidenten Mwai Kibaki, der rund 500-mal mehr verdient als ein Durchschnitts-Kenianer. Auf eine Anfang Juli vom Parlament gewährte Gehaltserhöhung verzichtete Kibaki allerdings. Ähnlich gut geht es nur den Spitzenrepräsentanten der Europäischen Union, die besser verdienen als die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs. Die neue EU-Außenministerin Catherine Ashton erhält etwa 414 000 Dollar pro Jahr und ist damit wohl weltweit die am besten verdienende Frau in einem politischen Spitzenamt.

Was Staats- und Regierungschefs verdienen

Jahresgehälter in Dollar

2010 oder letzter verfügbarer Stand, Quelle: „The Economist“

WONG MAYE-E / AP

BOWE / IPOL / DPA

K. DIETSCH / UPI/LAIF

MANFRED WITT

Lee Hsien Loong	Singapur	2 183 500
Mwai Kibaki	Kenia	427 900
Barack Obama	USA	400 000
Nicolas Sarkozy	Frankreich	302 400
Stephen Harper	Kanada	296 400
Brian Cowen	Irland	287 900
Julia Gillard	Australien	286 800
Angela Merkel	Deutschland	283 600
Naoto Kan	Japan	273 700
Jacob Zuma	Südafrika	272 300
John Key	Neuseeland	271 800
David Cameron	Großbrit.	215 400

DER SPIEGEL

GROSSBRITANNIEN

Teure Landebahn

Kaum ein Ort liegt so fern von der Zivilisation wie St. Helena, jene britische Insel im Südatlantik, auf die einst der besiegte Napoleon verbannt wurde und wo er die letzten Jahre bis zu seinem Tod 1821 verbrachte. Doch jetzt hat die neue Regierung in London beschlossen, ihr isoliertes Überseeterritorium an den Rest der Welt anzubinden: St. Helena soll endlich seinen Flughafen bekommen, allen Haushaltsproblemen in London zum Trotz. Das Projekt kostet den britischen Steuerzahler voraussichtlich 120 Millionen Euro. Bisher ist die Insel mit ihren knapp 4000 Einwohnern, „Saints“ genannt, nur über ein altersschwaches Postschiff zu erreichen, das von Südafrika aus über eine Woche unterwegs ist. In Zukunft, so rechnet die Londoner Regierung, könnten jährlich 29 000 Touristen einfliegen und der Insel, die bisher von britischen Alimenten lebt, eine wirtschaftliche Zukunft eröffnen. „Wir können wieder anfangen zu träumen“, sagt Gouverneur Andrew Gurr. Die Inselbewohner hatten sich den Flugplatz schon seit Jahren gewünscht, die Labour-Regierung befand ihn aber für zu teuer.